

**Rede der ASF-Landesvorsitzenden Andrea Schiele  
anlässlich des Smartmobs des Landesfrauenrats am 8. März 2018 in Stuttgart**

1919 haben die Frauen in Deutschland zum ersten Mal gewählt: Ein Durchbruch!

Seit 1994 ist die staatliche Verpflichtung zur faktischen Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen einschließlich der Politik im Grundgesetz verankert: ein weiterer Durchbruch!

In der politischen Wirklichkeit aber ist Art. 3 Abs. 2 S. 2 GG noch nicht angekommen.

Bis heute sind Frauen in den Parlamenten Deutschlands deutlich unterrepräsentiert. Wenn Frauen mit über 50 % der Bevölkerung lediglich 10-30 % der Entscheiderinnen in den Parlamenten stellen, dann kann diese Demokratie nicht länger für sich beanspruchen, repräsentativ zu sein.

Die Verfügung über Ressourcen (Geld) und Macht schafft Gestaltungsmöglichkeiten. Über deren Verteilung entscheidet aber immer noch eine Mehrheit von Männern.

Die Erfahrung der letzten Jahrzehnte zeigt: Ohne gleichberechtigte Parlamente keine gleichberechtigte Gesetzgebung – und keine gleichberechtigte Gesellschaft.

Die Erkenntnis, die sich daraus ergibt, ist im Umkehrschluss:

Eine gleichberechtigte politische Teilhabe ist Voraussetzung für Gleichberechtigung schaffende Gesetze.

Diese Erkenntnis müssen wir vorantreiben. Männer und Frauen überzeugen, dass wir nur so weiter vorankommen. Natürlich gibt es auch heute schon zahlreiche Männer, die in einer gleichberechtigten Gesellschaft leben wollen und daher rechtliche Änderungen unterstützen! Aber es gibt auch die anderen, davon konnten wir gerade aktuell auch in der Presse Kenntnis nehmen.

An dieser Stelle habe ich ein déjà vu und fühle mich von einer Zeitmaschine 5 Jahre rückwärts katapultiert. Erneut werden Gutachten veröffentlicht, die erläutern, was alles nicht geht.

Die Aufgabe von Politik ist es doch aber nicht, sich hinter solchen Gutachten zu verstecken, um zu erklären, was nicht geht.

Die Aufgabe von Politik ist es, politischen Willen in Gesetze umzusetzen und die notwendigen Voraussetzungen hierfür zu schaffen. Und genau hier liegt für mich auch der Knackpunkt: es fehlt der politische Wille für eine Änderung des Wahlrechts.

Und liebe Frauen, das ist der Punkt, an dem wir erneut gegen eine scheinbar undurchdringliche Wand laufen.

Aber wir lassen uns nicht entmutigen. Wir fordern weiterhin unser Recht ein - und diese Veranstaltung hier ist ein klares Signal an die Politik:

Wir bleiben dabei: In Baden-Württemberg ist eine Reform des Wahlrechts in ein Listenwahlrecht längst überfällig. Die ASF Baden-Württemberg ist weiterhin davon überzeugt, dass ein Zwei-Stimmen-Wahlrecht wie bei der Bundestagswahl der richtige Weg wäre. Um den Frauenanteil dann aber auch nachhaltig erhöhen zu können, ist auf Bundesebene ein Parité-Gesetz notwendig, welches alle Parteien zu einer verbindlichen Nominierung von Frauen verpflichtet.

Mary Daly, eine amerikanische Philosophin und Schriftstellerin sagte einmal:

"Wenn eine Frau zur Realität durchdringt, lernt sie ihren Zorn kennen, und das heißt, sie ist bereit zu handeln."

In diesem Sinne - liebe Frauen – seien wir zornig – handeln wir – und sorgen für eine Veränderung des Wahlrechts.

Vielen Dank!